

? Wie Ihrer Homepage zu entnehmen ist, nehmen Sie nicht nur zu wirtschafts- und mittelstandspolitischen Problemen Stellung, sondern engagieren sich auch in gesellschaftspolitischen Fragen. So fordern Sie stationäre Grenzkontrollen an der polnischen Grenze, die Beschleunigung der Asylverfahren, eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber und einen wirksamen Schutz der Außengrenzen. Wird diese Ihre Haltung von allen Funktionären Ihrer Partei geteilt? Aus Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hört man nämlich da ganz andere Töne...

Jana Schimke: Die CDU ist eine Volkspartei und sie werden in unseren Reihen immer unterschiedliche Meinungen finden. Das ist auch gut so, denn das fördert den Wettstreit der Meinungen bei dem nicht nur eine Richtung thematisiert und diskutiert wird, sondern unterschiedliche Perspektiven betrachtet werden. Das finde ich sehr bereichernd. Aber was die aktuellen Probleme dieses Landes in Bezug auf gesellschaftspolitische und migrationspolitische Fragen betrifft, kann ich sagen, dass wir in unserer Partei weitestgehend einen Konsens haben. Wir wollen Migration steuern und begrenzen und eine Fachkräftezuwanderung sehen, die ihren Namen auch verdient. Wir wollen keine gescheiterte Asylpolitik, die man uns am Ende als Fachkräfteeinwanderung verkaufen möchte.

? Österreich plant, Asylbewerber während des Verfahrens zur gemeinnützigen Arbeit zu verpflichten. Diejenigen, die sich weigern, könnten ihre Grundversorgung verlieren. Kann dieser Schritt auch Auswirkungen auf Deutschland haben oder anders gefragt: Ist die österreichische Maßnahme nicht auch Grund für eine eigene Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion?

Jana Schimke: Zunächst ist festzuhalten, dass Personen, die sich noch im Asylverfahren befinden, eine deutlich geringere Unterstützung erhalten als ein herkömmlicher Bürgergeldempfänger. Erst wenn das Verfahren abgeschlossen ist, werden Asylbewerber einem Bürgergeldempfänger finanziell gleichgestellt. Unser Ziel war es immer, die Asylantragsverfahren zu beschleunigen und schnell zum Abschluss zu bringen. Wenn wir jetzt von Fehlanreizen sprechen, die dazu führen, dass Menschen nach Deutschland kommen und in die sozialen Sicherungssysteme einwandern, dann liegt es weniger an dem Zeitabschnitt, wo der Asylantrag läuft. Vielmehr besteht die sozialpolitische Sogwirkung nach Abschluss des Verfahrens, wenn man dann abgelehnt, geduldet oder auch anerkannt ist. Genau dann rutschen Migranten ins SGB II mit allen Leistungen. Das ist das eigentliche Problem,



wo wir tatsächlich auch im Bereich der Arbeitsintegration und Arbeitspflicht sowie der Sanktionierung deutlicher und konsequenter einfördern müssen. Bei denjenigen, die sich noch im Asylverfahren befinden und damit auch in der Erstaufnahme leben, sehe ich keinen großen Mehrwert in einem solchen Vorschlag.

? Die Nachbarländer Dänemark und Österreich fahren einen harten Kurs in der Asylpolitik. Zwangsumsiedlungen drohen, Kontrollen an den Außengrenzen und ein Kosovo-Knast für straffällige Asylbewerber. Dieser Kurs scheint Erfolg zu haben. Im Nachbarland Dänemark wurden 2023 in den ersten fünf Monaten 1.048 Asylanträge registriert. In Deutschland waren es bis Ende Mai 2023 125.566 Erstanträge plus 10.395 Folgeanträge. Was läuft in Deutschland alles schief, welche Schlüsse ziehen Sie, zieht die Union, aus dem Asyl-Kurs unserer Nachbarländer?

Jana Schimke: Dass Deutschland die höchste Zahl an Erstanträgen hat und die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kommen wollen, hat meines Erachtens einen klaren Grund. Und der liegt eben in der guten Bleibeperspektive, die man in Deutschland hat. Auch wenn man ausreisepflichtig oder nur geduldet ist, gibt es Möglichkeiten, dauerhaft in Deutschland zu leben und alle Leistungen in Anspruch zu nehmen. Der große Unterschied zu den anderen europäischen Mitgliedsstaaten besteht darin, dass Asylsuchende, die abgelehnt werden und somit kein Bleiberecht haben, dort keine Leistungen mehr erhalten. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das diese Leistungen auch dann noch gewährt, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde. Das muss sich ändern. Wir fordern, diese Fehlanreize abzuschaffen. ■

Jana Schimke in ihrer Funktion als Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Tourismus.



Die Fragen stellte Janina Schäfer